

Pressemeldung zur Sitzung des Hildesheimer Kreistag am 9.7.2020

FDP im Kreistag fordert Änderung der Schutzverordnung für die FFH Gebiete im Landkreis
Kritik am Umweltminister: Grundschutzverordnung besser als fachaufsichtliche Frist

Der Landkreis hat eine Reihe von Fauna-Flora-Habitat (FFH) Gebiete des Schutzgebietsnetzwerk Natura 2000 der EU bisher nicht ausgewiesen. Teilweise wurde die Beschlussfassung in den Ausschüssen zurückgestellt, teilweise sind die Verordnungsentwürfe noch in Bearbeitung. „Dies ist für uns nur verständlich, da die entworfenen Verordnungen für die Schutzgebiete offenbar eine Reihe praxisferner Vorschriften enthalten, die so vom Bundesnaturschutzgesetz nicht gefordert werden“, so Bernd Fell, FDP-Fraktionsvorsitzender. „Hätte das niedersächsische Umweltministerium rechtzeitig eine geeignete Grundschutzverordnung erlassen, gäbe es diese Probleme nicht.“

Die FDP Fraktion wünscht nun eine Überarbeitung der Verordnungsentwürfe und beantragt exemplarisch konkrete Änderungen für das FFH-Gebiet „Sieben Berge, Vorberge“.

„Insgesamt ist der Verordnungsentwurf sehr komplex und für Bürgerinnen und Bürger schwer verständlich. Insbesondere wird es schwer erkennbar sein, welche Maßnahmen der ordnungsgemäßen Land- und Forstwirtschaft nach § 6 des Verordnungsentwurfs freigestellt sind und welche Maßnahme einer Genehmigung der Behörden bedürfen,“ erläutert Georg von Kopylow, für die FDP-Fraktion. „Ein Waldbesitzer z.B. muss aber überprüfen können, ob er sich ggf. mit den Behörden abstimmen muss, um keine mit Bußgeld von bis zu 50.000 Euro belegte Ordnungswidrigkeiten zu begehen.“

Niedersachsen ist bei der Umsetzung des Schutzgebietsnetzwerk Natura 2000 in Verzug. Dem Landkreis wurde durch das Niedersächsische Umweltministerium zum Erlass der FFH-Verordnungen Frist bis zum 15.10.2020 gesetzt.

Hierzu Hermann Grupe, MdL, Sprecher der FDP- Landtagsfraktion für Landwirtschaft, Forst und Jagd:

„Es ist völlig abzulehnen, dass wegen Versäumnissen des Umweltministers den Kreistagen nun die Möglichkeit genommen werden soll, Natura-2000-Schutzgebiete in einem demokratischen Verfahren auszuweisen. Das gesamte Problem hätte bereits durch den Erlass einer Grundschutzverordnung für Niedersachsen erledigt sein können. Entsprechende Anträge der FDP-Fraktion liegen bereits seit 2018 vor. Der Minister hat sich den Druck, unter dem er jetzt steht, selbst gemacht und kann ihn nun nicht auf der kommunalen Ebene abladen.“